

SAXGRÜN

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag

April 2024
Ausgabe 42



DEMOKRATIE

Wie wir sie gemeinsam
schützen können.

LANDWIRTSCHAFT

Wie wir den Agrarbereich
zukunftsfähig aufstellen wollen.



FRANZISKA SCHUBERT



VALENTIN LIPPMANN



LUCIE HAMMECKE



CHRISTIN MELCHER

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

eine weitere arbeitsreiche Wahlperiode des Sächsischen Landtages neigt sich dem Ende zu. Erstmals wurde der Freistaat von einem Dreierbündnis regiert und wir BÜNDNIS-GRÜNE konnten als Teil davon aktiv die Zukunft Sachsens mitgestalten. Als gäbe es da nicht schon genug zu tun, ereilten uns mit der Corona-Pandemie und dem Angriff Russlands auf die Ukraine parallel noch zwei der heftigsten Krisen der vergangenen Jahrzehnte. All diese Herausforderungen haben wir nur dank einer engen Teamarbeit bewältigen können und blicken nun nicht ganz ohne Stolz auf das Erreichte.

Die BÜNDNISGRÜNE-Fraktion hat sich als verlässliche Partnerin in der Koalition bewiesen. Wir sind der Garant für mehr Umwelt- und Klimaschutz sowie den Schutz unserer Demokratie. Aber alleine werden wir BÜNDNISGRÜNE nicht die Klimaerwärmung stoppen oder dem Rechtsextremismus Einhalt gebieten können. Während andere intensiv an den Ästen des gesellschaftlichen Zusammenhalts sägen, stehen wir fest an der Seite der Menschen, die sich einbringen, ihre Stimme für Schwächere erheben und sich für das freundliche und moderne Sachsen engagieren. Es tut gut zu sehen, wie viele in den vergangenen Monaten für Demokratie und Weltoffenheit auf die Straße gegangen sind. Dafür und im Sinne des Erhalts unserer natürlichen Lebensgrundlagen steht unser Fazit: Es gibt noch viel zu tun!

Deshalb hören wir auch nicht auf, uns auf den „letzten Metern“ dieser Legislatur weiter für wichtige Vorhaben einzusetzen. Sei es die finanzielle Beteiligung am Ertrag von Windkraftanlagen für Kommunen, das Berufsanerkennungsgesetz oder das Agrarstrukturgesetz: Bis zur letzten Plenarsitzung arbeiten wir mit Hochdruck an der Modernisierung des Freistaates. Und an Ideen für die Zukunft und Lösungen für die Gegenwart mangelt es uns auch nicht.

Wir danken Ihnen und Euch für die Unterstützung, Anregungen und sachliche Kritik.

**Franziska Schubert, Valentin Lippmann,
Lucie Hammecke und Christin Melcher**
Fraktionsvorstand



AUS DEM LANDTAG

POLIZEIKENNZEICHNUNG UND VERFASSUNGSTREUE

Die Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen in geschlossenen Einheiten ist für uns BÜNDNISGRÜNE ein wichtiges Projekt, für das wir lange gekämpft haben. So sollen Dienstvergehen oder Straftaten von Polizist*innen künftig besser aufgeklärt werden können. Dies trägt zur Transparenz und damit zur Stärkung des Vertrauens in die Sicherheitsbehörden bei.

Außerdem schaffen wir eine Rechtsgrundlage, um bei Bewerber*innen auf das Beamtenverhältnis in Polizei, Justiz und Vollzugsdienst eine Anfrage über vorliegende Erkenntnisse beim Verfassungsschutz durchzuführen. Im Lichte der allgemeinen Entwicklungen erkennen immer mehr Menschen, dass Rechtsextremismus und die AfD die größte Gefahr für unsere freiheitliche Demokratie sind, der wir entgegenzutreten müssen. Mit der Abfrage beim Verfassungsschutz schaffen wir nun die Möglichkeit, zu verhindern, dass Verfassungsfeinde in den Staatsdienst gelangen.

Beschlossen am: 20.03.2024 (Drs 7/13905)

Mehr Infos: www.gruene-fraktion-sachsen.de/polizeikennzeichnung

INTEGRIERTER BACHELOR IN DER JURISTISCHEN AUSBILDUNG

Mit dem integrierten Bachelor in der juristischen Ausbildung verschaffen wir dem Freistaat Sachsen einen echten Standortvorteil. Wir setzen ein langjähriges Anliegen der Studierenden und der Juristenfakultät der Uni Leipzig um.

Das Studium der Rechtswissenschaft ist bislang allein auf die erste juristische Prüfung als einzigen Abschluss ausgerichtet. Bis dahin aber haben Studierende der Rechtswissenschaft Studien- und Prüfungsleistungen erbracht, die in anderen Studiengängen die Anforderungen eines Bachelorgrades erfüllen. Gleichzeitig sind in vielen Berufen nur grundlegende juristische Kompetenzen gefordert, die durch einen integrierten Bachelor abgedeckt werden. Diesem Umstand tragen wir mit der neuen Regelung nun Rechnung.

Beschlossen: 13.12.2023 (Drs 7/14952)

Mehr Infos: www.gruene-fraktion-sachsen.de/jura-bachelor

HASSKRIMINALITÄT IM INTERNET WIRKSAM ENTGEGENTRETEN

Die stetig ansteigende Zahl von Hasspostings im virtuellen Raum sind eine wachsende Gefahr für die Demokratie auch im analogen Raum. Davon sind eine Vielzahl von Personen und Gruppen betroffen, u.a. auch Amts- und Mandatsträger*innen. Hasskriminalität kann zutiefst abschreckend wirken und Menschen davon abhalten, sich für unser Land zu engagieren. Bei Hasspostings handelt es sich nicht um Kavaliersdelikte, sondern um eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere Demokratie.

Mit unserem Antrag wird die Staatsregierung zunächst aufgefordert, einen Sachstandsbericht zum Kampf gegen Hass und Hetze im Netz vorzulegen. Zudem wird die Staatsregierung dazu angehalten, Maßnahmen gegen die virtuelle Gewalt zu ergreifen. Außerdem sollen Anlaufstellen für Betroffene bekannter gemacht und Forschungsvorhaben zu diesem Thema unterstützt werden.

Beschlossen: 14.12.2023 (Drs 7/15028)

Mehr Infos: www.gruene-fraktion-sachsen.de/hassimnetz

Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft in Sachsen

Mit ihrer harten Arbeit sichern die Bäuerinnen und Bauern täglich unsere Ernährung. Dafür gebührt ihnen unser Dank und unsere Anerkennung. Die vergangenen Jahre haben aber auch gezeigt, dass unsere Landwirtschaft durch Klima- und Biodiversitätskrise sowie wirtschaftliche Unsicherheiten vor enormen Herausforderungen steht. Denn kaum eine Branche bekommt die Auswirkungen des Klimawandels so direkt zu spüren wie die Landwirtschaft: Veränderte Wetterbeding-

ungen, Extremereignisse wie Dürren oder Überschwemmungen und die Verschiebung von Anbauzeiten haben unmittelbar Einfluss auf Produktion und Ertrag. Wir BÜNDNISGRÜNE setzen uns deshalb dafür ein, unsere Landwirtschaft fit für die Zukunft zu machen. Folgende drei Aspekte sind uns dabei besonders wichtig:

1 Sächsischer Acker in den Händen sächsischer Bäuerinnen und Bauern

Unser sächsischer Acker darf nicht länger als Spekulationsobjekt dienen. Er ist die Existenzgrundlage für die Landwirtinnen und Landwirte und gehört in ihre Hände. Denn sonst haben sie das Nachsehen gegenüber großen Investoren, die für Ackerflächen horrend Summen zahlen und die Bodenpreise kontinuierlich weiter in die Höhe treiben. Mit dem Agrarstrukturgesetz wollen wir unsere Landwirtinnen und Landwirte bei Kauf und Pacht vor überhöhten Preisen schützen.

Unser Gesetzentwurf sieht einen leichteren Zugang zu Agrarflächen für unsere Landwirtinnen und Landwirte vor und würde zugleich den Flächenerwerb durch Großinvestoren wie etwa Versicherungen, Immobilienkonzerne und Discounter erschweren. Der Entwurf setzt auch die jahrelange Forderung des Deutschen Bauernverbandes um, dass sich die Flächen in einer Region nicht bei nur wenigen Eigentümern konzentrieren und damit dem Wettbewerb schaden. Das Agrarstrukturgesetz wäre eine klare Antwort auf die Sorgen vieler Landwirtinnen und Landwirte, die in den vergangenen Jahren zunehmenden Druck durch steigende Bodenpreise erfahren haben. Die Anhörung im Parlament hat gezeigt:

Wer den Verlust und Ausverkauf von sächsischen Agrarböden wirksam stoppen will, befürwortet ein solches Gesetz. Leider verweigert sich die CDU-Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt diesem Ansatz.



→ www.gruene-fraktion-sachsen.de/agrarstrukturgesetz

2 Kein Nachlassen bei Klima- und Naturschutz

Klimaschutz und Landwirtschaft sind untrennbar miteinander verbunden. Wenn wir den Zusammenbruch unserer ökologischen Systeme nicht verhindern, erleidet auch die Landwirtschaft enormen Schaden. Es wäre deshalb falsch, in Anbetracht der aktuellen Krisen wichtige Vorgaben zum Schutz der Umwelt in Frage zu stellen. Aus diesem Grund haben wir das Positionspapier „Keine Rolle rückwärts in der Agrarpolitik“ veröffentlicht. Der Schutz ökologischer Vorrangflächen und die Anpassung der Landwirtschaft an klimatische Veränderungen ist essenziell für die Ernährungssicherheit und den Erhalt der Biodiversität.

Unser Maßnahmenkatalog umfasst die Unterstützung des Welternährungspro-

gramms, Investitionen in widerstandsfähige Ernährungssysteme, eine fortschreitende Reform der Tierhaltung und den vermehrten Einsatz agrarökologischer Praktiken. Zudem fordern wir, den Anbau von Pflanzen für die Energieerzeugung zu überdenken und die Lebensmittelverschwendung zu reduzieren. Dies alles verstehen wir als Gesprächsangebote, denn Klima- und Naturschutz gehen nur gemeinsam mit den Bäuerinnen und Bauern. Viele Betriebe gehen auch im Freistaat bereits voran, wie sich in unserer Video-Reihe „Die andere Landwirtschaft“ zeigt.



3 Mehr Zeit fürs Feld, weniger Schreibtischarbeit

Landwirtinnen und Landwirte sollten wieder weniger Zeit am Schreibtisch verbringen müssen. Deshalb machen wir BÜNDNISGRÜNE uns für eine Vereinfachung der Agrarförderung stark. Mit unserem Positionspapier „Agrarförderung: einfach, unbürokratisch, verlässlich“ zielen wir auf eine Reform der europäischen Agrarförderung ab. Denn das aktuelle System der Gemeinsamen Agrarpolitik ist zu komplex und bürokratisch, stattdessen braucht es ein einfacheres und transparenteres Modell. Deshalb wollen wir das Zwei-Säulen-System aus Einkommensunterstützung und ökologischen Prämien beenden. An dessen Stelle soll ein verständliches System nach dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ treten.

Die Bauern sollen mit Erhalt und Förderung von Biodiversität Geld verdienen können. Außerdem setzen wir uns für die Einführung eines Punktesystems in Richtung einer Gemeinwohlprämie ein, um die Vereinfachung und Transparenz voranzutreiben. Zudem soll durch eine Digitalisierungsoffensive die Beantragung der Fördermittel bundesweit vereinheitlicht werden.



→ www.gruene-fraktion-sachsen.de/die-andere-landwirtschaft

BILANZ OHNE VIELE WORTE

Hinter uns liegt eine herausfordernde, aber in vielen Teilen auch erfolgreiche Legislatur im Sächsischen Landtag. Fragt man Abgeordnete nach ihren persönlichen Höhepunkten, folgt oft eine lange Liste von kleinen und großen Erfolgen. Für unsere letzte SAXGRÜN-Ausgabe in der 7. Wahlperiode haben wir die Abgeordneten daher vor eine besondere Aufgabe gestellt: Erkläre dein politisches Highlight in einem Bild!

Valentin Lippmann:
Deutliches Plus an Transparenz



Christin Melcher:
Gute Bildung für alle



Franziska Schubert:
Fraktionsvorsitzende mit Herz für nachhaltige Finanzpolitik



Lucie Hammecke:
Schwung für Gleichstellung



Petra Čagalj Sejdi:
Ausbau der Barrierefreiheit



Markus Scholz:
Gesundheitszentren für eine wohnortnahe medizinische Versorgung



Gerhard Liebscher:
Verkehrswende schreitet voran

Dr. Claudia Maicher:
Fortschritte für moderne Hochschulen



Dr. Daniel Gerber:
Nutzung von Open Source wird ausgeweitet



Ines Kummer:
Tiere bekommen eine Lobby



Thomas Löser:
Bauen wird klimafreundlich



Volkmar Zschocke:
Weniger Müll durch Reparaturbonus





© Luise Schmiedichen



Franziska Schubert, Fraktionsvorsitzende

ZUSAMMENSTEHEN FÜR EIN LEBENSWERTES SACHSEN

Die Demonstrationen im ganzen Freistaat zeigen, dass sich viele Menschen ein freundliches und zukunftsgerichtetes Sachsen wünschen. Als BÜNDNISGRÜNE stehen wir Seite an Seite mit allen, die für einen demokratischen und vielfältigen Freistaat eintreten.

Unsere Demokratie steht aktuell mächtig unter Druck. Umsturzphantasien, geheime Treffen mit Deportationsplänen, geschändete Ausstellungen zu Holocaust-Überlebenden, Einschüchterungen gegenüber Politikerinnen und Politikern, gerade auch in den Kommunen.

Doch das alles bleibt nicht unwidersprochen. Denn zur gleichen Zeit erleben wir auf den Straßen in Sachsen eine Bewegung, die sich für Demokratie stark macht. Überall im Land sagen Menschen ganz klar: Wir wollen

keine rechtsextremen Fantasien. Wir wollen nicht, dass die AfD Teil einer Regierung wird. Diese Menschen zeigen deutlich Gesicht für unsere Demokratie.

Wir erleben derzeit die größten Demonstrationen seit der Friedlichen Revolution. Wir erleben Viele, die sich aufmachen zu diesen Demonstrationen – darunter Menschen, die vielleicht vorher noch nie auf einer Demonstration waren. Und das findet nicht nur in den großen Städten statt, sondern auch in den mittleren und kleinen Städten

Sachsens, wo es nochmal mehr Mut braucht, sich zu zeigen und sich zu bekennen, dass man sich eindeutig gegen Rechtsextremismus abgrenzt.

Als BÜNDNISGRÜNE steht für uns außer Frage, diese Menschen aus der Mitte der Gesellschaft zu unterstützen. Sie erwarten von uns, dass wir an ihrer Seite stehen und eine zuversichtliche Vision für Sachsen und für Deutschland haben. In diesem Sinne engagieren wir uns im Sächsischen Landtag.

Wir haben unsere Wurzeln im Bündnis 90, wo sich Menschen unter Einsatz ihrer Freiheit für eine offene Demokratie engagiert haben, woraus dann die Friedliche Revolution erwuchs. In diesem Geiste handeln wir BÜNDNISGRÜNE noch immer. Denn wenn in Deutschland fast 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges unverhohlen über Deportationen gesprochen wird und in Geheimtreffen dafür konkrete Planungen vorangetrieben werden, müssen wir das, was unsere Demokratie ausmacht, mit aller Kraft verteidigen: Vielfalt, gesellschaftlicher Frieden und unsere Freiheit auf dem Boden unseres Grundgesetzes. Wir müssen benennen, was passiert und klarmachen, wie eine Realität mit Rechtsextremen aus-

sieht. Da brechen existenzielle Strukturen weg – in der Kultur, in der Wirtschaft, in der Teilhabe, im Zusammenleben und beim Klimaschutz. Deshalb müssen wir alle Instrumente der wehrhaften Demokratie konsequent nutzen, um Verfassungsfeinden Einhalt zu gebieten und unser freiheitliches Leben zu schützen.

Wir sind klar in unserer Haltung und politischen Kultur für ein freundliches, zukunftsgerichtetes, modernes und nachhaltiges Sachsen – auch für die kommenden Generationen. Darüber brauchen wir einen Grundkonsens aller demokratischen Kräfte, um Zuversicht und Vertrauen in die Demokratie, in demokratische Prozesse und Rechtsstaatlichkeit zu vermitteln. Nur so erreichen wir auch in der nächsten Legislatur eine stabile und demokratische Mehrheit.

Gehen wir in Gespräche, um zu vermitteln, zu überzeugen und zu motivieren. Rücken wir zusammen, stehen wir zusammen, bleiben wir zusammen – für ein demokratisches, lebens- und liebenswertes Sachsen.

DIE MÖGLICHKEITEN DER WEHRHAFTEN DEMOKRATIE

Freiheit und Demokratie sind in ganz Deutschland durch das Erstarken der AfD so bedroht wie nie zuvor. Staat und Zivilgesellschaft müssen dem Rechtsruck gemeinsam etwas entgegensetzen.

Viele Menschen haben mit den zahlreichen Demonstrationen in diesem Jahr bereits ein deutliches Signal für die Demokratie gesetzt, nun aber sind der Staat und seine Institutionen in der Verantwortung. Das Grundgesetz, das als wehrhafte Demokratie verfasst ist, bietet hierfür ein Bündel an verschiedenen, oft wenig bekannten Instrumenten, die derzeit breit diskutiert werden.

Mit den bevorstehenden Wahlen könnten die Rechtsextremen weiter an Einfluss gewinnen und unser demokratisches System weiter destabilisieren. Was kann man dagegen tun? In einem gemeinsamen Papier ergründen die BÜNDNISGRÜNEN Innenpolitiker*innen Madeleine Henfling aus Thüringen, Valentin Lippmann aus Sachsen und Sebastian Striegel aus Sachsen-Anhalt die zur Verfügung stehenden Maßnahmen.

Ziel des Papiers ist es unter anderem, über eine Verbandsdebatte hinausgehende verfassungsrechtliche Handlungsmöglichkeiten und ihre Anwendungsvoraussetzungen darzulegen. Dabei prüfen die Autor*innen den Ausschluss von der Parteienfinanzierung, die Verwirkung von Grundrechten und Vereinsverbotsverfahren als grundgesetzliche Möglichkeiten im Kampf gegen Verfassungsfeinde.



Eine wehrhafte Demokratie muss in Anbetracht der gegenwärtigen Bedrohung nicht nur ihre Gesichter, sondern auch ihre Zähne zeigen.

Valentin Lippmann

Darüber hinaus werden auch die Parlamente in den Blick genommen. Denn ihre Resilienz gegen die Vereinnahmung durch Rechtsextremist*innen können sie sowohl über die Geschäftsordnung als auch durch eine konsequente Sitzungsleitung stärken.

Schließlich geht es um die zentrale Rolle, die der Verwaltung im Kampf gegen Rechtsextremist*innen zukommt. Sie muss die Entwaffnung von Verfassungsfeinden weiter und konsequenter vorantreiben, Geldflüsse in rechtsextremen Strukturen erkennen und wenn rechtlich möglich stoppen. Sie muss intensiver bei Kandidat*innen für kommunale Wahlämter deren Verfassungstreue überprüfen. Staatsbedienstete müssen fest auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen. Um gegen Verfassungsfeinde besser vorgehen zu können, sollen Disziplinarverfahren künftig bei einer Behörde gebündelt werden.

Gleichzeitig dürfen die Landkreise und kreisfreien Städte bei diesen wichtigen Aufgaben nicht allein gelassen werden. Eine Stabstelle 'Wehrhafte Demokratie' soll unterstützen und an Bürger*innen und Verwaltung das Signal senden, dass die Bewahrung und Verteidigung der fundamentalen Werteordnung Priorität auch für die Staatsspitze hat.

Das Papier findet sich hier:

→ <https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/wehrhafte-demokratie>

POLIZEIGESETZ FÜR VERFASSUNGSWIDRIG ERKLÄRT

Der Sächsische Verfassungsgerichtshof hat mit seinem Urteil klare Grenzen gesetzt und polizeilichen Befugnissen einen Riegel vorgeschoben.

Im Januar 2024 hatte das lange Warten ein Ende: Der Sächsische Verfassungsgerichtshof hat sein Urteil zum Sächsischen Polizeigesetz gesprochen – und es für teils verfassungswidrig erklärt. Für uns BÜNDNISGRÜNE ein großer Erfolg im Kampf für die Rechte der Bürger*innen und gegen eine übermäßige Ausweitung polizeilicher Befugnisse.

„Mit der Entscheidung hat der Verfassungsgerichtshof dem Gesetzgeber klare Grenzen für die Ausgestaltung polizeilicher Befugnisse gesetzt“, bilanziert unser Innenpolitiker Valentin Lippmann. Gemeinsam mit den anderen Abgeordneten der BÜNDNISGRÜNEN-Fraktion und Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE hatte er in der 6. Legislatur einen Normenkontrollantrag zum Polizeigesetz eingereicht. Zuvor hatte der Sächsische Landtag trotz massiven Protests eines breiten Bündnisses aus vielen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Parteien das neue sächsische Polizeirecht mit Stimmen von CDU und SPD beschlossen.

„Diesen zentralen Irrweg der Innenpolitik der Vorgängerkoalition hat der Verfassungsgerichtshof nun beendet und ausufernden und entgrenzten polizeilichen Befugnissen einen Riegel vorgeschoben“, betont Valentin Lippmann nach der Entscheidung. Insbesondere hat der Verfassungsgerichtshof schwere Eingriffe in das allgemeine Persönlichkeitsrecht, das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis und das Recht auf Datenschutz weit im Vorfeld von Straftaten für verfassungswidrig erklärt und die Videoüberwachung im öffentlichen Raum eingeschränkt. Gerade die präventive Ausrichtung der Polizeiarbeit und die Überwachung von Bürger*innen weit im Vorfeld von konkreten Gefahren und Straftaten war einer der Hauptpunkte unseres Normenkontrollantrages, da dies einen eklatanten Eingriff in die Rechte der Bürger*innen darstellt. Bei der Videoüberwachung haben die Verfassungsrichter*innen klargestellt, dass Anlass, Zweck und Grenzen der Maßnahme im Gesetz bestimmt sein müssen und dass dies nicht der Einschätzung der einzelnen Polizeibehörden obliegen darf.



© Jaroslaw Kubiak

Das Urteil des Sächsischen Verfassungsgerichtshofes wird aber vermutlich nicht das letzte in Sachen Sächsisches Polizeigesetz sein – auch beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe sind noch Verfassungsbeschwerden hierzu anhängig. Das nun gesprochene Urteil ist jedoch ein Meilenstein in der ständigen Abwägung zwischen Sicherheit und Freiheit.

Mehr dazu lesen Sie hier:

→ <https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/urteil-polizeigesetz>



DIE DUALE HOCHSCHULE KOMMT!

Am 1. Januar 2025 wird die Duale Hochschule als vollwertiges Mitglied in die sächsische Hochschullandschaft integriert. Dies eröffnet allen Studieninteressierten ein erweitertes Spektrum für den Beginn ihrer beruflichen Laufbahn in Sachsen und macht die Hochschulbildung noch leichter zugänglich.

Als BÜNDNISGRÜNE setzen wir uns für die Förderung von Hochschulbildung auch außerhalb der großen Metropolen ein. Denn eine vielfältige Bildungslandschaft vor Ort ist entscheidend, um junge Menschen für unsere Regionen zu gewinnen, nach ihrem Studium im Freistaat zu halten und so noch besser zur Sicherung des regionalen Fachkräftebedarfs und zur Hebung des Fachkräftepotenzials beitragen zu können. Daher freuen wir uns über die geplante Einführung der Dualen Hochschule im Freistaat umso mehr. Dies bedeutet nicht nur ein dickes Plus für Leipzig und Dresden, sondern besonders für die Orte Plauen, Glauchau, Breitenbrunn, Riesa und Bautzen. Die Einführung der Dualen Hochschule setzt das Erfolgsmodell Berufsakademie fort und ist ein weiterer Attraktivitätsschub für unseren Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Sachsen.

VERBESSERUNG DER STUDIENBEDINGUNGEN UND STÄRKUNG DER KOOPERATION ZWISCHEN PRAXIS UND THEORIE

Die zentrale Aufgabe der Dualen Hochschule Sachsen wird die Entwicklung, das Angebot und die Umsetzung praxisintegrierender Bachelorstudiengänge in Zusammenarbeit mit den Praxispartnern sein. Dies sichert eine praxisnahe Ausbildung auf hohem Niveau. Das duale Studium und die enge Verbindung zur mittelständischen Wirtschaft bleiben erhalten, um einen effektiven Wissenstransfer in der Region sicherzustellen.

Das besondere Merkmal der Dualen Hochschule ist die Verzahnung von Theorie und Praxis. Gänzlich neu ist der kooperative Forschungsauftrag, an dem auch die Praxispartner mitwirken sollen. Durch den kontinuierlichen Einfluss von neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen auf die Lehre werden auch die Studienbedingungen verbessert. Zukünftig sind die Praxispartner als Mitgliedergruppe der Hochschule noch intensiver am Gelingen des Studiums und der Entwicklung der Dualen Hochschule beteiligt und verankern sich als Arbeitgebende noch stärker in ihren jeweiligen Regionen. Zudem soll das Studienangebot zukünftig durch passgenaue Masterstudiengänge erweitert werden, um sicherzustellen, dass die Studierenden eine umfassende Qualifikation erhalten und ihren Hochschulstandort nicht zwangsläufig für einen weiteren Qualifikations-

schritt verlassen müssen. So wird auch die direkte Übernahme der Absolvent*innen durch ihre Praxispartner gefördert. Das gesamte Studium soll künftig aus einer Hand angeboten werden. Die Praxispartner stammen wie auch bisher aus der Wirtschaft sowie vergleichbaren Einrichtungen, insbesondere aus den freien Berufen und Einrichtungen mit sozialen Aufgaben.



NEUERUNGEN FÜR ALLE STUDIERENDE IM FREISTAAT

Im Rahmen des Gesetzentwurfs wurden zudem Neuerungen für alle Studierenden im Freistaat beschlossen. Unter anderem ist eine ärztliche Bescheinigung über die Prüfungsunfähigkeit als Nachweis im Krankheitsfall in Zukunft ausreichend. Damit setzen wir eine unserer langjährigen Forderungen um. Der Prüfungsrücktritt im Krankheitsfall ist nun datenschutzwahrend und datensparend möglich.

Seit Beginn des Sommersemesters 2024 ist das Deutschlandticket auch als Semesterticket erhältlich. An einigen sächsischen Hochschulstandorten wurde dies in Zuständigkeit der Studierendenräte und Studierendenwerke bereits umgesetzt. Um die Datenübermittlung zwischen den verantwortlichen Studierendenenschaften und Studierendenwerken sowie den Verkehrsunternehmen zukünftig abzusichern, wurde eine entsprechende Rechtsgrundlage in das Sächsische Hochschulgesetz aufgenommen. Es ist uns ein ganz besonderes Anliegen, allen Studierenden bezahlbare überregionale Mobilität zu ermöglichen.



SO GELINGT SACHSENS WEG IN DIE KLIMANEUTRALITÄT

Die BÜNDNISGRÜNE-Fraktion hat eine Studie bei der Forschungsgesellschaft für Energiewirtschaft in Auftrag gegeben, die das Vorhaben der Klimaneutralität für den Freistaat bis 2045 greifbarer machen soll.

Sachsen will und muss bis 2045 klimaneutral werden, um die Vereinbarungen des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Doch was genau heißt das? Unter dem Studientitel „Sachsen 2030 – Auf dem Weg zur Klimaneutralität“ beschreiben die Forscher anhand konkreter Maßnahmen, was in Sachsen in den kommenden Jahren passieren muss.

„Sachsens Weg zur Klimaneutralität ist ein zentraler Baustein für den Erhalt unseres Wirtschaftsstandorts“, betont Dr. Daniel Gerber. Denn laut der Studie von FfE hat der Ausbau der Erneuerbaren das Potenzial, bis 2030 regionale Wertschöpfungseffekte von fast 17 Milliarden Euro für Installation und Betrieb von EE-Anlagen zu entfalten. „Es wird Zeit, diese Chancen für unseren Freistaat zu sichern. Wir BÜNDNISGRÜNE fordern deshalb für die kommende Legislatur ein Klimaschutzgesetz für Sachsen.“

Im Fokus der Studie stehen zum Beispiel der massive Ausbau von Photovoltaik und Windkraft, die Umstellung von Heizsystemen auf regenerative Energien und die Elektrifizierung des Verkehrs mit klimaneutralen Pkw. „Zumindest bei den Genehmigungen von neuen Windkraft- und dem Bau von Photovoltaik-Anlagen ging es zuletzt in die richtige Richtung“, bilanziert Dr. Daniel Gerber. „Um diesen Trend zu stärken, setzen wir BÜNDNISGRÜNE uns insbesondere für akzeptanzsteigernde Maßnahmen ein. Das bedeutet zum Beispiel, dass die Bürgerinnen und Bürger vor Ort künftig per Gesetz in jedem Falle finanziell vom Ausbau der Erneuerbaren profitieren sollen. Die gesetzliche Grundlage in

Form eines Beteiligungsgesetzes befindet sich derzeit in der finalen Abstimmung.“

Was muss bis 2030 auf dem Weg zur Klimaneutralität passieren? Zahlenbeispiele aus der Studie:

- **Photovoltaik und Windkraft:** Pro Monat muss Sachsen auf 62 Fußballfeldern und circa 8.000 Dächern neue PV-Anlagen installieren. Zudem braucht es vier neue Windkraftanlagen pro Monat.
- **Umstellung von Heizsystemen:** Es bedarf jährlich der Umstellung von 25.000 fossilen Heizanlagen auf regenerative Wärme plus die monatliche Sanierung von 1.000 Wohngebäuden.
- **Elektrifizierung des Verkehrs:** Jährlich sind etwa 81.000 Pkw mit fossilem Antrieb durch Fahrzeuge mit umweltfreundlichen Antrieben zu ersetzen.
- **Speicher:** Pro Monat gilt es im Sinne der sicheren Energieversorgung für Sachsen einen Großbatteriespeicher in der Größe eines Schiffscontainers (Leistung ca. 2MWh) zu installieren.

Für unseren Energieexperten Dr. Daniel Gerber machen die Ergebnisse einmal mehr deutlich: „Sachsen muss bei der Energiewende konsequent den Turbo einlegen!“

Energiewende-Tour durch Sachsen:

➔ <https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/energiewende>



WENIGER FERIENWOHNUNGEN, MEHR WOHNRAUM

Wohnen muss für alle Menschen bezahlbar bleiben. Mit dem Zweckentfremdungsverbot haben wir für die Kommunen die Möglichkeit geschaffen, gezielt für mehr Wohnraum zu sorgen.



© Jaroslaw Kubiak

Die Gesetze anderer Bundesländer zeigen, dass eine weitreichendere Definition von Zweckentfremdung möglich wäre. Wir sehen den Koalitionskompromiss dennoch als ersten Schritt in die richtige Richtung. Denn endlich kann auch der spekulative Leerstand von Wohnraum genauer unter die Lupe genommen werden. Künftig wird nur noch ein Wohnungsleerstand von maximal einem Jahr möglich sein. So verhindern wir, dass neu gebaute Wohnungen in guten Stadtlagen aus spekulativen Gründen ewig leer stehen – um Steuern abzuschreiben und auf noch höhere Mieteinnahmen zu hoffen.

Wohnungen sind
keine Hotels!
Thomas Löser

Das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum ist ein weiterer von vielen kleinen Bausteinen, den Mietmarkt zu entlasten. Als Koalition haben wir mit der Einführung der Mietpreisbremse und der deutlichen Stärkung des sozialen Wohnungsbaus bereits weitere Maßnahmen ergriffen, um das Angebot auf dem Wohnungsmarkt zu verbessern. Denn die Losung „Zieht doch weg, wenn es Euch zu teuer ist“ kann und darf aus unserer Sicht nicht die Antwort auf die angespannte Lage an den Wohnungsmärkten sein. Egal, wo man sich zuhause fühlt: Wohnen muss für alle Menschen bezahlbar bleiben.

Mehr Informationen zum Zweckentfremdungsverbot:

→ www.gruene-fraktion-sachsen.de/zweckentfremdungsverbot

Mehr Informationen zur Mietpreisbremse:

→ www.gruene-fraktion-sachsen.de/mietpreisbremse

Wohnungen sind keine Hotels! Doch gerade in Leipzig und Dresden bestehen mittlerweile teils ganze Häuser nur noch aus durchnummerierten Ferienwohnungen. Diese Zweckentfremdung trägt aktiv zu einer Verknappung des Angebotes auf dem Wohnungsmarkt und somit zu steigenden Mieten bei. Immer mehr Menschen haben in den Großstädten große Schwierigkeiten, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

Mit dem Zweckentfremdungsverbot schieben wir dieser Entwicklung nun einen Riegel vor. Der Beschluss im Sächsischen Landtag ermöglicht den Kommunen dort, wo zu viele Ferienwohnungen die Mietmärkte weiter aufheizen, gezielt einzugreifen und die zweckfremde Nutzung zu unterbinden. Dafür haben wir BÜNDNISGRÜNE uns bereits in den Koalitionsverhandlungen eingesetzt und innerhalb der Koalition lange für diesen Erfolg gekämpft. Denn Wohn- und Mietenpolitik ist für uns bedeutender Teil einer guten Sozialpolitik. Wir werden nicht tatenlos dabei zusehen, wie Menschen aus ihren Wohnungen und Quartieren verdrängt werden.



GLEICH WIRD'S BESSER!

Zu unserem Gleichstellungsempfang am 12. März konnten wir rund 100 Menschen aus dem zivilgesellschaftlichen und politischen Bereich begrüßen. Gemeinsam feierten wir die Erfolge im Bereich der Gleichstellung, aber diskutierten auch die immer noch bestehenden Herausforderungen kritisch.



Durch den Abend führte unsere gleichstellungspolitische Sprecherin Lucie Hammecke. Sie leitete zunächst das Rahmenprogramm ein, welches aus fünf Input-Beiträgen bestand. Ein Punkt, der alle fünf Rednerinnen verband, war das Thema des Netzwerks. Dazu zählt das grenzüberschreitende Netzwerke, wie die erste Referentin Susanne Köhler, Vorsitzende des Landesfrauenrates, anhand der aktuellen Vernetzungsarbeit der Landesfrauenräte in Sachsen, Tschechien und Polen aufzeigte. Aber auch auf kommunaler Ebene sind Netzwerke von nicht zu unterschätzender Bedeutung für Frauen in der Politik, wie Constance Arndt, Bürgermeisterin der Stadt Zwickau, zu bedenken gab. Denn noch immer sind viel zu wenig Frauen in den kommunalen Räten vertreten und diese Unterrepräsentation hat auch Folgen für die Qualität demokratischer Entscheidungen.

Zur Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes für Frauen und zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen wurde im letzten Jahr ein modernes Gleichstellungsgesetz im Sächsischen Landtag verabschiedet. In diesem Zuge betonte die Sächsische Gleichstellungsministerin Katja Meier im Gespräch mit Lucie Hammecke, wie unerlässlich das starke Netzwerk und der konstruktive Austausch zwischen den politischen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen auf dem Weg dahin war.



Fotos: © David Brandt

Staatsministerin Katja Meier im Gespräch mit unserer Abgeordneten Lucie Hammecke

Mit einem anderen Blick tauchte die Dresdner Umweltbürgermeisterin Eva Jähnigen ein, indem sie die Rolle der Frau in der öffentlichen Verwaltung beleuchtete und welche Vorteile es mit sich bringt, diese Stellen mit weiblichem Personal zu besetzen. Dass Netzwerke unerlässlich in einer Zeit sind, in der demokratiefeindliche Kräfte immer mehr an Macht gewinnen, mahnte die Vizepräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses Bahar Haghanipour im letzten Inputvortrag dieses Abends an. Mit dem Erstarken rechtspopulistischer Parteien steigen auch antifeministische Tendenzen in der Gesellschaft. Umso wichtiger sind parteiübergreifende Bündnisse, welche für einen intersektionalen Feminismus eintreten.



Knapp 100 Gäste kamen zum Gleichstellungsempfang nach Dresden.

Nach diesen interessanten Einblicken in das breite Spektrum der Gleichstellung eröffnete Lucie Hammecke den offenen Teil des Empfangs, welcher viel Platz zum Austauschen bot. Musikalisch begleitet wurde dieser von der DJ Ms Lightning. Wir danken allen Teilnehmer*innen für diese wichtigen und heldvollen Gespräche.

Video zum Gleichstellungsempfang:

→ www.gruene-fraktion-sachsen.de/gleichstellungsempfang



GrüneFraktion Sachsen @SaxGruen

400 Kündigungen bei Meyer Burger in
#Freiberg. @gerbsen: Das ist die Folge aus
der unverantwortlichen Blockadehaltung
der FDP im Bund. Diese Fehlentscheidung
wird uns in Zukunft teuer zu stehen
kommen.



26. März 2024



Christin Melcher und Sven Lehmann @chmelcher und @_svenlehmann_

Wie gelingt es uns, Queerpolitik in Sachsen
zu stärken? Zu unserer großen Freude sind
so viele verschiedene queere Akteure aus
Leipzig und Sachsen unserer Einladung
gefolgt, um sich mit uns, @_svenlehmann_,
erster Queer-Beauftragter der Bundesre-
gierung und @chmelcher, Landtagsabge-
ordnete und Direktkandidatin im Wahlkreis
Leipzig-Mitte, über die Lage vor Ort
auszutauschen.



29. Februar 2024



Claudia Maicher @ClaudiaMaicher

Kunst genießen, mit Künstler*innen ins
Gespräch kommen, Kunst erwerben – die-
se Kombination macht #Kunstlermesse-
Dresden zu bedeutendem Event für
#Dresden & #Sachsen 🎨📖 Ich freue
mich, dass ich die 9. Auflage als Schirm-
herrin mit eröffnen durfte ➡️ [kuenstler-
messe-dresden.de](https://www.kuenstlermesse-dresden.de)



23. März 2024



Franziska Schubert @Franziska0L

#SachsenIs #CDU-Fraktion ist gegen
#Agrarstrukturgesetz - und das:
🔴 trotz Vereinbarung im Koalitions-
vertrag
🔴 obwohl es durchs Kabinett durch ist
🔴 CDU-Abgeordnete in Erarbeitung
eingebunden waren
🔴 Landwirt:innen Gesetz wollen, das u.a.
gegen Bodenspekulationen vorgeht.
#fail



15. März 2024



Thomas Löser @thomasloeser

Seit vielen Jahren wird über die Zukunft des
#Kornhauses in #Meißen direkt neben der
Albrechtsburg diskutiert. Ende 2023 erwarb
die Otto und Emma Horn-Stiftung das
imposante, denkmalgeschützte Gebäude.
Heute Nachmittag hatte ich die große
Freude mit dem Stiftungsverwalter Tom
Lauerwald das #Denkmal zu begehen und
von den Plänen der Stiftung zu erfahren.
#architecture #architektur #baukultur
#kunst



25. März 2024



BÜNDNISGRÜNE- Fraktion Sachsen und Valentin Lippmann @gruenefraktionsachsen und @valippmann

Die CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag
hat heute das Scheitern der Verfassungs-
änderung bekannt gegeben, weil ihr
Stimmen aus den eigenen Reihen fehlen.
Das ist eine bittere Niederlage für den
Ministerpräsidenten Michael Kretschmer,
weil damit eines seiner zentralen
Wahlversprechen (Absenkung der Quoren
für die Volksgesetzgebung und Einführung
Volkseinwand) durch Abweichler aus den
eigenen Reihen torpediert wird. Aber auch
für den Freistaat ist es ein schlechter Tag,
denn die Modernisierung der Verfassung
war längst überfällig. Die CDU-Fraktion ist
nach diesem Fiasko in der Pflicht,
gegenüber dem Land und den Koalitions-
partnern deutlich zu machen, dass sie
noch vertragstreu hinter den Vereinbarun-
gen dieser Koalition steht.

26. März 2024



→ www.gruene-fraktion-sachsen.de

Die SAXGRÜN und weitere Publikationen direkt bei uns per E-Mail bestellen:
gruene-presse@slt.sachsen.de

Impressum

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden

Telefon: 0351 493 48 11 | Telefax: 0351 493 48 09 | E-Mail: gruene-presse@slt.sachsen.de
Redaktion: Eric Heffenträger (V.i.S.d.P.), Kevin Schwarzbach, Franziska Sänftl, Jaroslaw Kubiak
Stand: April 2024

Illustrationen: Mandy Münzner (Titel, S. 4/5, S. 15) | Ellory Studio (S. 13)
Gestaltung: die superpixel
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

